

Forschung nach Dogma

Uffa Jensen und Stefanie Schüler-Springorum verschleiern die Komplexität des heutigen Antisemitismus mit Scheingegensätzen. Eine Duplik.

Von Lars Rensmann und Karin Stögner

Evidenzbasierte Forschung, die den heutigen Antisemitismus als umfassende Welterklärungs-ideologie analysiert, erscheint heute dringlicher denn je. Hierzu besteht ein breiter Konsens in der internationalen Antisemitismusforschung. Dass sich Stefanie Schüler-Springorum und Uffa Jensen (F.A.Z. vom 22. Mai) dieser Erkenntnis anschließen, ist zu begrüßen. Wenn sie allerdings Debatten auf schimärenhafte Extrempositionen einengen, verschleiern sie die realen Konflikte. Anstatt „der Öffentlichkeit die grundlegenden Konfliktlinien“ in der Antisemitismusforschung zu erklären, konstruieren Jensen und Schüler-Springorum falsche Gegensätze. Antisemitismus ist weder eine bloße Unterform des Rassismus, noch sind beide voneinander völlig unabhängige Phänomene.

Ob es einen spezifischen Antisemitismus im Islam gebe und dieser aufgrund einer liberalen Flüchtlingspolitik nach Deutschland importiert würde oder einen „indigenen“ Antisemitismus in Deutschland, ist ein weiterer Gegensatz, den kein vernünftiger Antisemitismusforscher vornimmt. Was hier fälschlich als eine Position innerhalb der Antisemitismusforschung ausgegeben wird, findet sich lediglich in der Propaganda der rechtsextremen AfD. Irreführende Binaritätskonstrukte setzen sich fort in der unvermittelten Gegenüberstellung von linkem, rechtem und islamischem Antisemitismus, so als folge die Antisemitismusforschung jeweils einer politischen Agenda und nicht der Komplexität des Forschungsgegenstands. Tatsächlich untersucht evidenzorientierte internationale Antisemitismusforschung Judenfeindschaft von rechts, links und in der Mitte der Mehrheitsgesellschaft – und ignoriert gleichwohl nicht, dass es einen spezifisch muslimischen und islamistischen Antisemitismus gibt, der sowohl tradierte religiös-kulturelle als auch moderne europäische Quellen hat. Jener findet erst in jüngster Zeit bei repräsentativen Erhebungen Berücksichtigung, und die Zahlen belegen seine steigende Virulenz.

Wissenschaftlich unredlich wird es, wenn die beiden Autoren vom Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) insinuiert, dass wir und andere Forscher, die auch Formen des linken und islamischen Antisemitismus sowie jenen im Kulturbetrieb untersuchen, „auf dem rechten Auge blind“ seien. Schon ein kursorischer Blick auf den aktuellen Forschungsstand belegt, dass zahlreiche einschlägige Studien zu AfD und rechtsradikalem Antisemitismus aus unserem Hause kommen. Dass der Rechtsextremismus und der mit ihm verwandte Islamismus heute die größte Gefahr für Juden und die Demokratie darstellen, ist unbestritten. Doch Antisemitismus weist weit über den Rechts-Extremismus hinaus. Daran ändern die nur sehr begrenzt aussagefähigen Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) nichts, von denen bekannt ist, dass sie nicht eindeutig zuordenbare Fälle dem rechtsextremen Antisemitismus zuschlagen. Die Signifikanz des Antisemitismus auch jenseits des Rechtsextremismus zeigt sich nicht nur bei Straftaten und Vorfällen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, die von den Recherchestellen Antisemitismus (RIAS) systematisch gesammelt werden, sondern auch in Einstellungsuntersuchungen, jüdischen Erfahrungen und im öffentlichen Raum.

Evidenzbasierte Forschung zeigt, dass die rechtsextreme Judenfeindschaft auch in modernisierte israelfeindliche Formen anknüpft – und das behauptete Entweder-oder von Schüler-Springorum und Jensen wieder fehlt. Im rechtsextremen Milieu der AfD floriert die antisemitische und rassistische Verschwörungsphantasie vom „Großen Bevölkerungsaustausch“ zusammen mit dem Hass gegen den jüdischen Staat. Auf ihrem offiziellen Account twitterte die AfD-Bundespartei: „Israel will illegale (!) Einwanderer aus Afrika loswerden und auf wen fällt die ‚Wahl‘? Einmal mehr Germoney!“

Im rechtsextremen Spektrum ist israelbezogener Antisemitismus omnipräsent, von der Agitation gegen den „Terrorstaat Israel“ (Der III. Weg) zur Parole „Israel ist unser Unglück“ (Die

Rechte). Diese Verbindung von antizionistischem mit rassistischem Vernichtungsantisemitismus im Rechtsradikalismus hat eine lange Geschichte. Schon der NS-Ideologe Alfred Rosenberg hetzte gegen den angeblich „staatsfeindlichen Zionismus“, und Hitler agitierte gegen einen zionistischen Staat als „die letzte vollendete Hochschule ihrer internationalen Lumpereien“. Der Blick auf rechtsextremen Antisemitismus impliziert Formen des Antisemitismus, die in Israel den Feind schlechthin sehen.

Die Behauptung, ein Fokus auf israelbezogenen Antisemitismus erkläre jedwede Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch, verzerrt ebenfalls die Debattenlage. Die von Schüler-Springorum und Jensen abgelehnte Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) insistiert explizit darauf, dass „Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden“ kann. Das heißt aber nicht, dass „Israelkritik“ nicht ein – heute empirisch mithin das bedeutendste – Medium von Judenfeindschaft wäre.

Dieser Befund verweist auf die wirklichen Dissenspunkte im Blick auf die internationale Forschung. Die „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ (JDA), auf die sich Jensen und Schüler-Springorum berufen, spielt camouflierte Formen des israelbezogenen Antisemitismus herunter. Dass Jensen und Schüler-Springorum ausgerechnet unter Berufung auf die JDA vor der „Ausweitung des Feldes der Antisemitismusforschung ins Politische“ warnen, ist besonders irreführend. Denn die JDA ist eine durchweg politische Erklärung, die von außerswissenschaftlichen Zielen angetrieben wird: Es geht ihr nicht um einen wissenschaftlichen Zugang, sondern darum, „Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren“, einschließlich „möglicher politischer Lösungen, zum Beispiel Ein-Staaten- oder Zwei-Staaten-Lösung“. Dass der „Zionismus“ wie der Nationalsozialismus sei oder dass der jüdische Staat zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer eliminiert oder „vom Fluss bis zum Meer“, „befreit“ werden soll – all das soll nicht „per se“ als antisemitisch gelten.

Damit wird auch das Ziel verfolgt, den antisemitischen Israelhass als eine Reaktion auf den Nahostkonflikt zu interpretieren, obwohl Antisemitismus selbst einer der Hauptgründe des Konflikts ist – von der Vertreibung der Juden aus den arabischen Staaten und Iran bis zum exterminatorischen Antisemitismus der Hamas und zum islamistischen Regime in Iran. Wenn Schüler-Springorum und Jensen dagegen behaupten, dass „nur der nationalistic aufgeladene Rechtsradikalismus“ Antisemitismus „im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert in sein politisches Programm eingewoben und in Deutschland von 1933 an in konkrete staatliche Politik übersetzt“ habe, wird der Antisemitismus zu einem deutschen Museumstück, das höchstens noch im rechtsextremen Milieu in die Gegenwart hineinragt. Solcher Provinzialismus übergeht den Antisemitismus unterschiedlicher politischer Bewegungen im globalen Raum ebenso wie den staatlichen Antisemitismus Malaysias und Irans und seiner Proxies, von der Hizbullah zur Hamas und den Huthi-Milizen.

Solch historische und empirische Einengung verwundert nur bedingt. Die vielschichtige (post-)moderne Ideologie des Judenhasses und seine globale Ausbreitung und Politisierung – gerade über das Medium Israelfeindschaft – hat das ZfA seit Jahren vernachlässigt und stattdessen auf „Islamophobie“ fokussiert, die den Antisemitismus vermeintlich ersetzt habe. Israelbezogener Antisemitismus, der bei Demonstrationen in ganz unverhüllten Judenhass überging („Jude, Jude, feiges Schwein ...“), wurde hingegen häufig ignoriert oder in öffentlichen Statements heruntergespielt. All das erscheint uns als Ausdruck einer einseitigen, und eben nicht wissenschaftsbasierten, Politisierung der Antisemitismusforschung, für die das Zentrum seit Langem steht.

Die Komplexität des heutigen Antisemitismus erfordert, die Untersuchungsperspektive nicht auf offene Formen der Judenfeindschaft zu reduzieren, sondern auch camouflierte wie modernisierte Formen dezidiert einzubeziehen. Gerade der israelbezogene Antisemitismus integriert gegensätzliche politische Lager, von rechts- bis linksradikal und islamistisch und bis in die gesellschaftliche Mitte. Anstatt im Zuge einer politischen Dogmatik binäre Gegensätze zu konstruieren, muss Antisemitismusforschung heute alle Formen der Judenfeindschaft empirisch erforschen. Ohne ideologische Scheuklappen, qualitativ und quantitativ und vor allem evidenzbasiert.

Lars Rensmann ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau. Karin Stögner ist dort Professorin für Soziologie.



Wendeopfer: das 2006 demontierte Marx-Relief am ehemaligen Hauptgebäude der Leipziger Universität

Foto ddp

Das System ändert sich, die Unsicherheit bleibt

Prekarität Ost und West: Die Transformation der DDR-Wissenschaft im Spiegel des Hochschulromans

„Frühzeitig“, schreibt Novalis am 8. Februar 1797 an Wilhelmine von Thümmel, „hab‘ ich meine precare Existenz fühlen gelernt und vielleicht ist dieses Gefühl das erste Lebensgefühl in der künftigen Welt“. Derzeit lernen viele gesellschaftliche Gruppen die „precaire Existenz“ kennen. Die Prekarität der akademischen Karriere ist fast schon zeitgemäß oder zeitgenössisch, um nicht zu sagen populär. Dies findet sich kaum überraschend in Gegenwartsromanen wieder, beispielsweise „Weiskerns Nachlass“ (Suhkamp, 2011) von Christoph Hein. Wenige Sujets sind im Werk Christoph Heins so präsent wie die Universität – sowohl in Zeiten als Schriftsteller in der DDR als auch später in der BRD.

In „Weiskerns Nachlass“ kommt nochmals die Eingliederung der DDR-Hochschulen in das westdeutsche Universitätssystem mit der Erfahrung von Prekarität von Lebenslagen im „Osten“ nach der Wende zusammen. Der Roman spielt in der bundesrepublikanischen Gegenwart an der Universität Leipzig. Der Protagonist Stolzenburg, der über Konfuzius, die Aufklärung, deutschsprachige Literatur, Kunsttheorie und Sprachkritik und eben über den titelgebenden Weiskern, einen Zeitgenossen Mozarts, lehrt und forscht, scheint in der disziplinären Ordnung der wiedervereinigten Universität keine Heimat zu finden. Prekar ist deshalb auch seine finanzielle Existenz. Er ist zwar unbefristet angestellt, aber eben nur auf einer halben Stelle. Jeder, der den Tarifver-

trag der Länder kennt, weiß, was das bedeutet: Da Stolzenburg 59 Jahre alt ist, kann man davon ausgehen, dass er in der höchsten Erfahrungsstufe angesiedelt ist. Sein Bruttolohn für eine halbe Stelle wäre dann 2023 3018,69 Euro, nach allen Abzügen als Angestellter wären das knapp 1900 Euro. Das ist nicht viel für einen promovierten Wissenschaftler mit einschlägiger Qualifikation. Der tragische Umschlagpunkt der erzählten Geschichte ist eine Steuer-nachzahlungsforderung des Finanzamts, da der Dozent wohl die Aufstockung seines schmalen Salärs durch publizistische Auftragsarbeiten in diversen Medien nicht korrekt versteuert hat. Jetzt steht er kurz vor der Pleite.

Stolzenburgs Stelle, so sagt der Institutsleiter, sei mit einem „kw-Vermerk“ versehen. Dieses Kürzel bedeutet, dass mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers auch die Stelle wegfällt, sie also in der Zukunft nicht mehr benötigt wird. Unsicher war Stolzenburgs akademisches Leben, diesmal wegen politischer Umstände und der mangelnden Autonomie der Hochschule, auch schon in der DDR. Ihm wurde damals seine sicher geglaubte Dozentur entzogen, da seine Eltern einen Ausreiseantrag gestellt hatten. Nun bedroht die Ressourcenlogik des Wettbewerbs und der Exzellenz von Neuem seine Existenz. Ob die Ersetzung von politischer Prekarität durch ökonomische Prekarität etwas zum Besseren wendet, lässt der Roman offen. Er zeigt, dass Unsicherheit zu den prägen-

den Eigenschaften der akademischen Karriere gehört – egal, ob unter einem sozialistischen oder einem neoliberalen Regime.

Von ganz anderer Machart ist Anna Sperks „Die Hoffnungsvollen“ (Mitteldeutscher Verlag, 2016). Mit guten Gründen kann man diesen Text in die Versuchsreihe „Ethnographie Ost“ einordnen, die in der letzten Zeit den Belletristik- und den Sachbuchmarkt dominiert. Dass Sperks akademische Adoleszenzerzählung etwas mit dem Trend zur Ethnographie Ost zu tun hat, zeigt die Erwähnung in Juliane Stückrads ethnologischer Studie „Die Unmutigen, die Mutigen“ (F.A.Z. vom 28. Februar 2023). Es handelt sich bei Sperks Buch um eine teilnehmende Beobachtung der reformierten Universitäts- und Forschungslandschaft in Ostdeutschland im Medium der Fiktion. Prekarität des Faches, das die Protagonistin studiert, und Prekarität der Protagonistin kommen zusammen. Sperk widmet sich den bedrohten Fächern, die immer klein sind – wie eben die Ethnologie, die Keltologie oder die Byzantinistik. Klein sind diese Fächer nicht zuletzt aufgrund ihrer Immatrikulationszahlen, die aber keinesfalls die kulturelle Bedeutung dieser Fächer spiegeln.

Der Roman beginnt mit einer Transformationserfahrung in der Universität. Die Protagonistin Alex kommt an eine fiktive ostdeutsche Universität (die alle Indizien der Leipziger Universität trägt), die gerade jenen Transformationsprozess durchmacht, von dem in der letzten Zeit

so häufig die Rede ist. Alte Meriten ostdeutscher Wissenschaft zählen nicht mehr, alles ist neu. Die Gegenwart der Universität erscheint deswegen unsicher, weil sie kein Interesse an der Vergangenheit kennt. Die Vertreter der alten DDR-Ethnologie treten als systemisch funktionslos gewordene Relikte in einer Gegenwart auf, die nur noch Fortschritt und kulturalistische oder poststrukturalistisch inspirierte Ethnologie kennt und deren Verkörperung der aus dem Westen importierte Professor ist. In einer Rezension des Romans in der „Zeitschrift für Ethnologie“ wurde dem Roman ein hoher Grad an Realismus attestiert.

Um den Realismusbetrieb in seiner Prekarität realistisch zu inszenieren, werden die klassischen Topoi der Prekarität bedient: unentgeltliche Arbeit für den Lehrstuhlinhaber, Konkurrenz unter den Nachwuchswissenschaftlern, Individualisierung von Karriere Risiken. Der Roman erzählt die Karriere einer Nachwuchswissenschaftlerin im Licht des weberschen „Hazards“, der die wissenschaftliche Karriere ausmacht. „Hazard“ bedeutet ja nicht nur Zufall, sondern, so kann man es zumindest sehen, auch Abenteuer. Sperks Roman zeigt, dass Unsicherheit zu einer Normalität geworden ist, die man selbst durch massenhafte Entfristungen höchstens eindämmen, aber nicht überwinden kann: Irgendwer (eine neue Liebe, ein Kind) oder irgendwas (ein erfolgreiches Drittmittelprojekt, eine Anstellung) kommt halt immer dazwischen. MARKUS STEINMAYR

Gefälligkeitsgutachten in Serie

Das Antragswesen in der Wissenschaft und seine merkwürdigen Begleiterscheinungen Von Hinnerk Wißmann

Wer die Wissenschaft fördern will, muss geeignete Kandidaten auswählen. Das gilt von den Höhen der Exzellenzinitiative bis hinunter zur Einstellung studentischer Hilfskräfte. Ein erheblicher Teil der Arbeitskraft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wird dementsprechend durch Anträge, Bewerbungen, Begutachtungen und Entscheidungen gebunden. Das hat zunächst auch seine Richtigkeit. Denn wissenschaftliche Standards können nicht von außen gesetzt werden, und es geht in aller Regel um den Umgang mit öffentlichen Geldern. Willkür oder „Gießkanne“ wären also nicht angemessen, wenn es um die Zuweisung und Vergabung solcher Mittel geht.

Für das Begutachtungswesen gilt allerdings, was wir auch sonst an vielen Stellen feststellen müssen: Sinnvolle Grundverabredungen für ein freiheitliches, leistungsfähiges und solidarisches Gemeinwesen haben sich im Zeitverlauf in ihr geradezu kafkaeskes Gegenteil verkehrt. Ein erstes Beispiel: Die „Antragsforschung“ ist schon längst keine im Grunde erfreuliche, freiwillig übernommene, sachlich interessante Zusatzlast. Denn die Hochschulen sind seit Langem nicht mehr auskömmlich grundfinanziert, und so ist die milliarden-schwere Zusatzförderung zu einer überlebensnotwendigen Notwendigkeit für viele Fächer geworden.

Der ständige Kampf wie ein Frosch im Butterfass trifft nun auf ein Vergabesys-

tem, das beständig Milchrahm nachgießt. Bürokratiethoretisch betrachtet: Die Vergabestellen sichern durch beständig wachsende Zusatzanforderungen – etwa in Bezug auf die erwartete Transferfähigkeit von Ergebnissen, die Diversifizierung der Antragsteller oder die Homogenität des Antragsstands – vor allem ihre eigene Unverzichtbarkeit. Das führt dann zu einem fortlaufenden Stellenzuwachs dieser Vorfeldeinrichtungen auf EU-Ebene, im Bundesforschungsministerium, bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und in „Antragunterstützungsbüros“ der Universitäten: ein Musterbeispiel für ein sich gegenseitig stabilisierendes System.

Der Form nach geht es immer nur um die ganz unverbindliche Vorbereitung der „eigentlichen“ wissenschaftlichen Entscheidung. Das ist aber angesichts der Framing-Effekte bestenfalls eine fromme Lebenslüge. Arrivierten Wissenschaftlern wird so die Antragstellung „nach oben“ immer stärker verleidet – und wirklich souverän ist, wer keine Drittmittelanträge stellen muss und trotzdem erfolgreich forschen kann.

Ein zweites Beispiel spielt sich in der universitären Ebene des Alltags ab – aber die Dinge hängen eben doch zusammen: Die Auswahl von akademischem Nachwuchs setzt an vielen Stellen Freiwilligkeit voraus. Denn typischerweise werden dafür Professorinnen und Professoren benötigt. Für sie besteht

aber kaum ein positiver Anreiz, sich „nach unten“ den vielen Gutachtenanfragen von Studenten und Nachwuchsforschern mit Fleiß zu widmen – denn sie sollen ja wie gesagt in dem großen Spiel der Forschungsanträge mitspielen. Und für die Begutachtung in Sachen Stipendien gibt es weder Geld noch Zeitschrift, die entsprechende Freiwilligkeit ist daher ein fragiles Gut. Wo man sie noch antrifft, hat das etwas mit der angesprochenen Souveränität, mit Arbeitsethos und vielleicht auch mit Gewohnheit zu tun. Wenn allerdings die innere Logik solcher Begutachtungen durch Verfahrensregeln ad absurdum geführt wird, sollte man sich über das Ende freiwilligen Engagements nicht wundern.

Hier tut sich die Konrad-Adenauer-Stiftung seit einiger Zeit unermülich hervor: Ihre – allein durch Steuergelder finanzierte – Promotionsförderung gibt Kandidaten wie Hochschullehrern als Regelform vor, dass die immerhin notwendigen Fachgutachten von den Kandidaten entgegenzunehmen und in ihren Anträgen einzufügen sind, bevor sie der Stiftung zugeleitet werden. Zur Begründung wird auf eine Vorgabe der Berliner Datenschutzbeauftragten verwiesen, die diese Offenlegung verlange. Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll angesichts eines solchen Unsinn. Der Hinweis, dass die anderen Förderwerke (zu Recht) anders verfahren – es geht ja

um einen mitwirkungspflichtigen Antrag auf zusätzliche Geldleistungen –, verfangt nicht; ebenso wenig, dass die Stiftung dann verlässlich nur noch Gefälligkeitsgutachten erreicht, weil sie von den Kandidaten vorab auf die Eignung für den eigenen Erfolg kontrolliert werden können.

Entweder ist das genau das Ziel oder (kaum besser) die Überwälzung der Akteurerstellung auf die Kandidaten. Jedenfalls wehrt sich die KAS nicht gegen die vorgebliche Vorgabe des Datenschutzes, sondern nimmt sie treuherrlich hin. Auf energischen Widerspruch einiger renitentier Hochschullehrer wurde in den Onlineanweisungen etwas unwillig die Alternativmöglichkeit eröffnet, die Gutachten direkt einzusenden – versehen mit dem nachlaufenden Hinweis, dass diese auf Antrag den Kandidaten zur Verfügung gestellt werden müssten. Es spricht sich in der Folge bei Bewerbern jedenfalls herum, welcher Professor unkalkulierbar ist und besser nicht gefragt werden sollte. Auch so können parteinäh politische Stiftungen ihr Ansehen ruinieren: Die Sache selbst, also die Eignung eines Projekts, wird zum Nebenstück. Der Nachwuchs wird an die Töpfe geholt – und kann sich früh darin üben, störende Sacheinwände eigenhändig auszuräumen.

Hinnerk Wißmann ist Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Münster.